

# blick nach

# rechts

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 11, 28. Mai 2003

## Einblicke

### Keine Noten

Von Heiner Lichtenstein

**S**eit den Anschlägen vom 1. September 2001 gibt es angeblich weniger rechte Terrorakte. Diesen Eindruck kann man jedenfalls bei der Lektüre von Zeitungen gewinnen. Der Terror scheint seitdem von woanders zu kommen. Das erweist sich bei genauem Hinsehen allerdings als Fehleinschätzung. Allgemeine Straftaten mit rechtsextremem Hintergrund haben zwar nachgelassen, rechte Gewalttaten dagegen sind um neun Prozent angestiegen. Bundesfamilienministerin Renate Schmidt hat recht: „Der Kampf gegen rechte Gewalt braucht Kontinuität.“ Und sie stellt mehr Geld gegen Rechts bereit: Immerhin 45,5 Millionen Euro bis zum Jahr 2006.

Der Bund zeigt damit, dass er die Rechtsextremisten nicht gewähren lassen will. Leider werden trotzdem nicht alle Initiativen gegen Rechts überleben. Das gilt wohl in erster Linie für die neuen Länder, aber auch in den alten muss die Wirklichkeit stimmen. Vermutlich war es ein Fehler des Bundes, sein Programm nicht mit den Ländern abgestimmt zu haben, wodurch die Kommunen außen vor blieben.

Schwierigkeiten entstehen aber auch, weil bis jetzt niemand weiß, wie die Arbeit der Initiativen gegen Rechts bewertet werden soll. Es gibt keine Kriterien für die Qualität. Der Bundesrechnungshof fordert, die Initiativen nicht mehr aus Bundesmitteln zu unterstützen, weil diese nicht effektiv arbeiteten. Mit einer solchen Einschätzung übernimmt sich die Bundesbehörde allerdings. Nicht einmal Experten wie der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer trauen sich nämlich zu, die Arbeit einzelner Gruppen zu benoten.

Der Bund bewegt sich auf sicherem Grund, wenn er den Kampf gegen Rechts weiter unterstützt. Gerhard Schröders Aufruf aus dem Jahr 2000, unser Land brauche einen „Aufstand der Anständigen“, hat an Aktualität nichts verloren. Die Wachsamkeit darf nicht nachlassen.

### Fataler Juni 1933

Vor 70 Jahren wurde die SPD verboten und ihr gesamter Besitz beschlagnahmt.

Seite 2 ■

### „Nationale Sozialisten“

Neonazistische Gruppierung träumt von einer „rot-braunen Einheitsfront“ gegen das „liberalkapitalistische System“.

Seite 3 ■

### „Gemischtrassig“

Inhaftierter farbiger Rechtsextremist in den USA ist bei seinen früheren Kameraden nicht mehr erwünscht.

Seite 5 ■

### Bröckelndes Potenzial

Unter dem neonazistischen Landesvorstand der NPD in Schleswig-Holstein hat die Parteiarbeit gelitten.

Seite 7 ■

### Erfolge brauchen Zeit

Die AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus will das zivilgesellschaftliche Miteinander vor Ort stärken.

Seite 8 ■

### Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information  
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhlhöfel  
Redaktion: Gabriele Nandlinger

**Seitenblick****Ein schwarzer Tag****Vor 70 Jahren wurde die SPD verboten.**

Das Jahr 2003 bietet historisch eine Ansammlung von deprimierenden Rückblicken. Am Anfang steht Hitlers Besprechung mit Franz von Papen über die Bildung einer gemeinsamen Regierung von NSDAP und Konservativen. Das war am 4. Januar 1933 in der Villa des Kölner Bankiers Kurt von Schröder. Den Schlusspunkt bildet für das Jahr der 12. November 1933 mit den Reichstagswahlen, bei denen die Nazis 92,2 Prozent erreichen. Zwischen Januar und November haben sich damals im Deutschen Reich die Ereignisse geradezu überstürzt. Der „blick nach rechts“ greift seit Jahresbeginn unregelmäßig solche Daten auf. Diesmal liegt es nahe, an den 22. Juni 1933 zu erinnern, als die SPD verboten und ihr gesamter Besitz beschlagnahmt wurde.

Nach dem Reichstagsbrand am 27. Januar war die KPD mit all ihren Gliederungen durch Parteienverbot in den Untergrund gezwungen worden. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom 23. März hatte das Parlament freiwillig auf seine Rechte verzichtet. Im von der SA umstellten Sitzungssaal bewiesen die 94 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten mit ihrem „NEIN“ großen Mut.

Als am 28. März 1933 die katholischen Bischöfe ihre Warnungen vor den Nazis und Hitler zurücknahmen, gab es außer der SPD und den Gewerkschaften keine gesellschaftlich relevante Organisation mehr, die sich offiziell gegen die Nazis stellte. Am 2. Mai stürmten Schlägertrupps vor allem der SA die Gewerkschaftshäuser und damit blieb nur noch die SPD übrig. Ihr Ende war abzusehen, zumal den Nazis selbstverständlich bekannt war, wie zerstritten die Parteiführung war. Soll man warten, bis Hitler die Verfassung bricht oder präventiv gegen ihn vorgehen? Darüber wurde heftigst diskutiert. Dabei hatte Robert Kempner, der Justitiar im Preußischen Innenministerium, bereits 1930 die Verfassungsbrüche der NSDAP und deren Führung längst schriftlich fixiert und damit die Grundlagen für das Verbot der Partei und ein Strafverfahren gegen Hitler geschaffen. Reichskanzler Heinrich Brüning ließ die Denkschrift freilich unbeachtet auf seinem Schreibtisch liegen, und nach dem 30. Januar war es dann endgültig zu spät.

Durch den inneren Streit zeigten sich seit der Wende vom März zum April 1933 in der SPD Auflösungserscheinungen. Die innerparteiliche Kommunikation zerriss, das Parteileben geriet in die Agonie. Gleichzeitig kam von der Basis Druck, sich auf die Illegalität vorzubereiten. Der Jugendorganisation Sozialistische Arbeiterjugend (SAJ) ging das alles zu formalistisch. Die ging von sich aus in den Untergrund. Daraufhin schloss die SPD prompt SAJ-Mitglieder aus ihrer Führung aus und entzog der SAJ die materielle Unterstützung.

Gleichzeitig nahmen in ausländischen Zeitungen die Berichte über den NS-Terror zu. Göring geriet oft in den Mittelpunkt der Angriffe. Als er verlangte, „die Hetze in den sozialdemokratischen Blättern des Auslandes“ müsse endlich aufhören, intervenierte die SPD-Führung in diesem Sinne bei den befreundeten Parteien in anderen Ländern. Schließlich trat die SPD sogar aus der „Sozialistischen Arbeiter-Internationale“ aus. Begründung: Dort sei vorgeschlagen worden, im Kampf gegen die Nazis eine Einheitsfront mit den Kommunisten zu bilden.

Am 17. Mai wollte Hitler im Reichstag eine „Friedensrede“ halten, um vor allem das Ausland zu beruhigen. Denn von dort schallte es immer lauter, Hitler bereite einen Krieg vor. Nun wurde in der SPD-Führung darüber gestritten, ob die SPD-Fraktion an dieser Sitzung teilnehmen solle oder nicht. Dabei konnten 19 SPD-Parlamentarier ohnehin nicht ins Parlament kommen, weil sie bereits in KZs waren – ohne Rücksicht auf ihre Immunität. Schließlich war man doch dabei, als Hitler sich als Mann des Friedens positionierte und stimmte sogar seiner außenpolitischen Erklärung zu.

Am 21. Juni 1933 ließ dann Reichsinnenminister Wilhelm Frick den Landesregierungen mitteilen, die SPD sei als „staats- und volksfeindliche Partei“ anzusehen und deshalb so zu behandeln wie die KPD. Die Landesregierungen reagierten wie erwartet. Einen Tag später, am 22. Juni, wurde die SPD in allen Ländern verboten, ihre Parteibüros besetzt, mehr als 3000 Funktionäre verhaftet, unter ihnen Friedrich Ebert und Kurt Schumacher. Die in die Illegalität verbannte Partei leiteten nun von Prag aus emigrierte Genossen. Als Namen gab man sich die Anfangsbuchstaben der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands SOPADE. Für die folgenden 12 Jahre gab es nun öffentlich keine Sozialdemokraten mehr in Deutschland. Sie mussten bis 1945 warten.

*Heiner Lichtenstein*

**Aktivitäten****Tiefbraune Nostalgie**

**Der Kampfbund Deutscher Sozialisten träumt von einem „nationalen Sozialismus“ und propagiert „Antiimperialismus“.**

Schon die Symbolik erinnert an die 20er und 30er Jahre: Machtvoll geballte Proletarierfäuste; an den Jacken Armbinden verschiedener Organisationen – vom Kampfbund Deutscher Sozialisten (KDS) bis zur SPD. Unterm Bild wird holprig gereimt: „Der Klassenfeind es nie kapiert! Die rot-braune Einheitsfront marschiert!“ Und über diesem Plakat, das auf der Homepage des KDS zu finden ist, appelliert man: „Arbeiter der Stirn und der Faust vereinigt Euch!“ Selbst in den eigenen Neonazikreisen wird geschmunzelt über die Kleinstgruppierung, die sich hinter dem großspurigen Namen Kampfbund Deutscher Sozialisten verbirgt. Sie paart tiefbraune Nostalgie mit dem Bemühen um eine Sammlung der „Sozialisten“ von links und rechts sowie einem „Antiimperialismus“, der sie an eine Seite mit Staaten wie Saddam Husseins Irak oder Kim Jong IIs Nordkorea bringt.

Zur „alten Garde“ an der Spitze des KDS zählt Thomas Brehl. „Kameraden meiner Altersklasse, die auf eine 25-jährige national-revolutionäre politische Tätigkeit zurückblicken können, sind wahrlich nicht im Überfluss vorhanden“, sagt Brehl, der sein Domizil im hessischen Langen zuweilen auch „Hauptgefechtsstand“ nennt, über sich. Dass ihn auch die Meriten, die er als Stellvertreter Michael Kühnens in der ANS/NA erwarb, nicht vor Kritik aus Neonazikreisen bewahren, verträgt er kaum: „Ich werde mich nicht von Leuten beleidigen lassen, die noch in die Vorschule gingen, als ich schon für die Ehre der Waffen-SS auf die Straße gegangen bin.“ Zweiter im Bunde der KDS-Leitung ist der Nationalbolschewist Michael Koth, den es von der KPD-Ost zum KDS verschlagen hat. Er findet auch nichts dabei, als Redner bei Veranstaltungen zum Gründungstag der NVA aufzutreten. Seine Anhänger beglückt er allmonatlich mit einem Kommentar unter dem Titel „der rot-braune kanal“ auf der Homepage des KDS. Im Westen der Republik vertritt der Kölner Axel Reitz (20) die Organisationsleitung. Er gehörte während des Irakkrieges zu den rührigsten Trommlern für den „genialen Führer Saddam Hussein“. Komplettiert wird

das Führungsgremium durch Peter Habermann, der von Garmisch-Partenkirchen aus die Geschäfte des am 1. Mai 1999 gegründeten KDS führt.

Sie wollen „die Überwindung des liberalkapitalistischen Systems weltweit durch eine lebensbejahende, den (nicht nur materiellen) Bedürfnissen des Menschen Rechnung tragende Gemeinschaftsordnung, also für Deutschland einen nationalen Sozialismus“, wie es in der KDS-Schrift „Wer wir sind, was wir wollen, was wir tun“ heißt. Der Weg durch die Parlamente ist nicht ihre Sache. Sie sind für Reitz nur eine „demokratische Quasselbude“. Wo die NPD noch den Kampf um Straße, Köpfe und Parlamente proklamiert, setzt Reitz nur auf eine Karte: „Der Schicksalskampf unseres Volkes und der Nation wird auf den Straßen entschieden. Deshalb, meine Kameraden, heraus auf die Straße! Heran an das deutsche Volk! Solange wir marschieren, lebt das Reich!“ Dabei strebt der KDS den Schulterschluss an: „Linke und rechte Sozialisten vereint – gemeinsam schlagen wir jeden Feind“, wird im Verbandsorgan „Der Gegenangriff“ gereimt. Wie ausufernd der KDS allerdings den Begriff Sozialist benutzt, wird spätestens dann klar, wenn in dem Blatt Joseph Goebbels sozialistische Tendenzen attestiert werden, mit denen er sich allerdings nicht habe durchsetzen können. Brehl träumt denn auch von einer „Zusammenarbeit aller gutwilligen deutschen Sozialisten auf der Basis des Bekenntnisses zu Volk und Heimat“, um „in absehbarer Zeit die Speerspitze des Nationalen Widerstands in Deutschland zu sein“. Klar ist auch, wer nicht dazugehören kann: „Mit Internationalisten aller Couleur oder sonstiger linker Subkultur kann und soll es niemals eine wie auch immer geartete Zusammenarbeit geben.“

Eine Verdoppelung der Mitgliederzahl hat sich der KDS für dieses Jahr vorgenommen, wie Reitz im „Gegenangriff“ über die „Offensive 2003“ schrieb. Die Mitgliederwerbung wird auch eine Aufgabe der neu gegründeten Stützpunkte sein. Wuppertal gehört dazu. Dort fungiert als Stützpunktleiter Maik Hilgert, der nach einem Überfall auf eine Veranstaltung in der KZ-Gedenkstätte Kemna in Untersuchungshaft genommen und später zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. Dass er nun im KDS diese Rolle spielen darf, zeigt auch, wie wenig ernst die Aussage in der „Langener Erklärung“ des Kampfbundes zu nehmen ist: „Die Anwendung von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele wird aus tiefster Überzeugung abgelehnt.“

*Tomas Sager*

**Hintergrund****Wider die Moderne****Antiamerikanismus im Rechtsextremismus – zu den ideenhistorischen Hintergründen der USA-Kritik.**

Bis auf wenige Ausnahmen lehnte der deutsche Rechtsextremismus den Irak-Krieg ab und kritisierte die Politik der US-Administration. Manche Parolen aus diesem Lager klangen ähnlich wie die der überwiegend demokratisch ausgerichteten Antikriegsbewegung. Politische Grundlage der rechtsextremen Aussagen ist allerdings keine bloße Kritik an den USA, sondern ein rigoroser Antiamerikanismus. Der Unterschied zwischen beidem lässt sich über die Einstellung zu den Prinzipien eines demokratischen Verfassungsstaats vornehmen. Werden deren auch in der US-amerikanischen Verfassung niedergelegten Wertvorstellungen geteilt, kann nicht von Antiamerikanismus gesprochen werden. Aus der demokratie- beziehungsweise extremismustheoretisch ausgerichteten Unterscheidung ergeben sich allerdings noch keine Erkenntnisse über die ideologischen Hintergründe des rechtsextremen Antiamerikanismus, die in den unterschiedlichen Gesichtspunkten gesehen werden können:

– Die USA sind (neben Israel) der einzige durch einen politischen Gründungsakt konstruierte Staat, der nicht historisch gewachsen, sondern künstlich geschaffen wurde. Dieser historische Tatbestand widerspricht grundlegend einer Auffassung, wonach Gesellschaften nur auf der Basis langer geschichtlicher Traditionen und kulturell-ethnischer Geschlossenheit Bestand und Wert haben könnten.

– In den USA bildeten sich früh Züge einer Massengesellschaft heraus, welche auch als Ausdruck des Egalitarismus und Individualismus in einer liberalen Demokratie angesehen werden können. Gegner eines solchen Systems deuteten diese Entwicklung negativ und pauschal als Gleichmacherei und Identitätsverlust, Lebensmonotonie und Mittelmäßigkeit, Pöbelherrschaft und Werteverfall.

– Die in der US-amerikanischen Alltagskultur hohe Bedeutung des Strebens nach allseitigem und individuellem Glück führte zu einem positiven Verhältnis zum Erwerbsstreben, welches teilweise die ökonomische Entwicklung des Landes erklärt. Der antiamerikanische Diskurs reduziert das Bild von

den USA auf Egoismus und Geldgier, ohne die auch dort bestehende breite Tendenz gegen eine solche Prioritätensetzung zu berücksichtigen.

– Die im Unterschied zu den europäischen Gesellschaften des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts relativ hohe soziale Durchlässigkeit in den USA ermöglichte den Aufstieg von Juden in hohe gesellschaftliche Positionen. Diese Entwicklung bot antisemitisch Eingestellten die inhaltliche Bezugsfolie für eine Agitation, die mit Formulierungen wie früher „Judenstaat“ oder gegenwärtig „Ostküste“ verschwörungsideologisch eine jüdische Beherrschung der Vereinigten Staaten behauptet.

– Die USA spielten bei der militärischen Niederschlagung des Hitler-Regimes wie bei der Initiierung der gerichtlichen Verfolgung der nationalsozialistischen Kriegsverbrechen eine entscheidende Rolle. Beides löste bei den Anhängern des NS-Staates unabhängig von bestimmten Aspekten der Kriegsführung (Bombardierung von Städten) antiamerikanische Aversionen aus.

– Nach der militärischen Niederlage des „Dritten Reichs“ förderte die US-amerikanische Besatzungsmacht die Etablierung eines demokratischen Verfassungsstaates und die Demokratisierung der politischen Kultur Deutschlands. Dies gilt Rechtsextremisten als Ergebnis einer als „Gehirnwäsche“ dargestellten „Reeducation“-Politik, die eine „antigermanische liberale Ideologie“ in Gestalt westlicher Demokratie- und Gesellschaftsauffassungen zur Vorherrschaft brachte.

– Mit den US-amerikanischen Einflüssen auf das Alltagsleben in Deutschland ging eine Abkehr von starren Konventionen und eine Liberalisierung des gesellschaftlichen Miteinanders einher. Alkoholismus, Drogensucht, Gewaltkriminalität, Kulturverfall, Pornografie, Scheidungsrekorde und Zivilisationsschäden sehen Rechtsextremisten allein als Ergebnis eines „kulturzerstörerischen“ und „seelenmordenden“ Amerikanismus an.

Die genannten Gesichtspunkte stellen ein ideenhistorisches Konglomerat aus einer kulturell-romantischen, konservativ-nationalistischen und antisemitisch-völkischen Tradition dar. Letztendlich geht es um Ablehnung der kulturellen und politischen Moderne, die sich über die normative Orientierung an Demokratie, Gewaltenteilung, Individualismus, Menschenrechten, Pluralismus und Rechtsstaatlichkeit definieren lässt. *Armin Pfahl-Traugher*

## Ausland

## Ein schwarzer Arier

**Gewalttätiger US-amerikanischer Rechtsextremist muss langjährige Haftstrafe absitzen. Wegen seiner „gemischtrassigen Herkunft“ gehen die früheren Gesinnungskameraden auf Distanz.**

Anfang 2002 reihte sich Leo Felton in den Fluss von Besuchern im U.S. Holocaust Memorial Museum in Washington, D.C., ein. Aber besonders in dieser Umgebung stach er mit den auf beiden Seiten seines Kopfes tätowierten Worten „Skin“ und „Head“ aus der Menge heraus. Während sich die Besucher Gedanken darum machten, wie es zum Holocaust hatte kommen können, kreisten Felton's Gedanken nur um eine Sache: wie sich dieses Museum am besten in die Luft jagen lässt.

Nach vielen Jahren Aufenthalt im Northern State Gefängnis von New Jersey war Felton zu diesem Zeitpunkt gerade einige Tage entlassen worden. Im Gefängnis war er zu einem überzeugten Rassist und Rechtsextremisten geworden, der nun bereit war, den ihm eingetrichterten RAHOWA (kurz für „racial holy war“, also „heiliger Rassenkrieg“) zu beginnen. Feltons Gang mit dem Namen „Aryan Unit One“ wollte neben dem Holocaust Museum unter anderem auch das New England Holocaust Memorial in Boston in Schutt und Asche legen sowie Prominente wie die Schwarzenführer Jesse Jackson, und Al Sharpton oder Steven Spielberg und David Geffen ermorden, um so die „arische Revolution“ einzuläuten.

Felton und einige Kameraden, Sympathisanten des elitistischen Heidenkults „White Order of Thule“, planten den Weg der Mitte der 80er Jahre aktiven rechtsterroristischen „The Order“ fortzusetzen und nach der Haftentlassung in kleinen Zellen nach dem Vorbild des „führerlosen Widerstandes“ (leaderless resistance) zuzuschlagen. Kurz vor seiner Entlassung nahm die damals 20-jährige Hammer-skin-Frau Erica Chase im Rahmen der Gefangenenbetreuung der virulent rassistischen World Church of the Creator Kontakt zu Felton auf und fand in ihm den Aktivisten, den sie lange gesucht hatte.

Untypischerweise für einen Rechtsextremisten steht bei Feltons Akte in der Rubrik Hautfarbe: schwarz.

Der Sohn eines „farbigen“ Architekten und einer weißen Mutter fiel schon früh durch eine ungewöhnliche Gewalttätigkeit auf und wurde von jeder Schule verwiesen. Im Alter von 17 Jahren mischte der spätere Gangführer bei einer Gruppe von Skinheads mit und ermordete einen kubanischen Taxifahrer ohne ersichtliches Motiv an einer belebten Autostraße in New Jersey. Im Northern State Gefängnis eingewiesen, schloss sich Felton sogleich der „Aryan Brotherhood“ an, die, wie in vielen amerikanischen Gefängnissen, eine weitläufige Infrastruktur der gegenseitigen Hilfe und ideologischen Unterweisung unterhält (BnR 10/03).

Mitglieder der „Aryan Brotherhood“ („Arische Bruderschaft“) sind berüchtigt für ihre Brutalität und verantwortlich für eine lange Liste von Straftaten. So hatten unter anderem zwei der Mörder von James Byrd, der mit einem Pick-Up Truck durch die texanische Kleinstadt Jasper an einer Kette zu Tode geschleift worden war, ebenso der „Bruderschaft“ angehört wie Mark Stroman, der nach dem 11. September 2001 in einer von vielen so genannten Racheaktionen gegen Terroristen einen Tankwart aus Bangladesh (wegen dessen Kopfbedeckung) erschossen hatte. Im Oktober 2002 wurden gleich 40 Mitglieder der „Brotherhood“ aus zwölf verschiedenen Bundesstaaten für 16 vollendete und 16 geplante Morde verurteilt.

Unter Mithilfe von Erica Chase begann der „Aryan Unit One“-Führer Felton dann mit der Planung der seinem Vorbild Timothy McVeigh nachempfundenen Aktionen, unter anderem mit dem Druck und Vertrieb von Falschgeld. Er ließ seine auffälligen Kopftätowierungen entfernen und bereitete sich auf die vorgesehenen ersten Aktionen vor, als das Duo bei einer seiner routinemäßigen Wechselaktionen des selbst produzierten Falschgeldes von einem Zivilpolizisten in einem Dunkin Donuts verhaftet wurde. Der „heilige Rassenkrieg“ konnte glücklich beendet werden, bevor er begonnen hatte. Wegen Bankraubs im Februar 2002, Geldfälschung und geplanten Anschlägen auf Prominente, das Holocaust-Museum und andere Einrichtungen wurde Felton im Dezember 2002 schließlich zu fast 22 Jahren Haft verurteilt.

Nachdem in der Gerichtsverhandlung und der Presse die „gemischtrassige“ Herkunft Leo Felton's publik gemacht worden war, distanzierten sich seine alten Kameraden augenblicklich und gaben ihn jetzt offiziell „zum Abschuss“ frei.

Thomas Grumke

**Ausland****Soziale Kehrtwende****FN-Chef Le Pen plädiert für Rente mit 70.**

Sollte der „Le Pen-Effekt“ verbraucht sein? Auf den Fernseh-Bildschirmen jedenfalls scheint Jean-Marie Le Pen nicht mehr dieselbe Wirkung zu erzielen, wie noch vor wenigen Jahren. Früher hatte der Chef des Front National (FN) oftmals die Journalisten in die Enge treiben können. Anlässlich seines Auftritts in der Politikersendung „100 minutes pour convaincre“ (100 Minuten, um zu überzeugen) vor wenigen Wochen blieb ein anderer Eindruck zurück. Der alternde Rechtsextremist verweigerte die Antwort auf manche Frage. Als er sich etwa zum Programmpunkt einer radikalen Steuersenkung äußern sollte, meinte er zunächst nur, er könne nicht das gesamte Wirtschaftsprogramm des FN darstellen. An anderen Punkten ließ er sich in Widersprüche verwickeln. Etwa, als er seine Haltung zur Abtreibung (unter Berufung auf die „traditionelle Moral“) entwickelte – aber im Anschluss danach gefragt wurde, wie es denn mit nämlicher Moralvorstellung zu vereinbaren sei, dass er als Geschiedener wieder verheiratet lebe. Kohärent blieb er vor allem bezüglich der Frage der Einwanderungspolitik, wo er – stärker als in den letzten Jahren – wieder als Scharfmacher auftrat, etwa mit der Forderung, für unerwünschte Einwanderer solle es in Frankreich „kein Krankenhaus, keine Schule“ und keine Sozialleistungen geben. 3,7 Millionen Zuschauer verfolgten den Fernsehauftritt des FN-Politikers, 1995 waren es schon mal 9,8 Millionen.

Unübersehbar ist auch, dass sich Le Pen anscheinend von dem derzeit massiv ausgeprägten sozialen Unmut im Land abschneidet. Während Gewerkschaften und Beschäftigte gegen eine regressive Rentenreform der neokonservativen Regierung protestieren, hatte Le Pen dazu in seiner traditionellen Rede am 1. Mai nur Spott übrig – demnächst werde wohl auch gegen „die asiatische Grippe, den Hagel und den Brustkrebs“ demonstriert. In der Sache plädierte er explizit dafür, in Frankreich müsse die Devise lauten, „mehr und länger (zu) arbeiten“. In einem Interview mit „Le Monde“ hatte Le Pen gar gefordert, statt der bisherigen Rente mit 60, müsse „ein Gesetz zur Rente mit 70“ aufgelegt werden. Keine ideale Voraussetzung, um die extreme Rechte als die „wahre soziale Alternative“ zu präsentieren. *Bernhard Schmid*

**Demokratische Initiativen****Authentisches Signal****Junge Musiker rocken gegen Rassismus.**

Moderne Musik ist zu einer der wichtigsten Führen rechtsextremistischer Ideologie in jugendliche Lebenswelten geworden. Junge Musiker aus dem Bergischen Land in Nordrhein-Westfalen haben jetzt einen bemerkenswerten Kontrapunkt gesetzt: Für die CD „Gegenwind“, die der Verein Ronsdorfer Rockprojekt (Wuppertal) veröffentlicht hat, haben sie 15 Lieder eingespielt, die mit unterschiedlichen musikalischen Mitteln rechtsextremistischen Tönen eine Abfuhr erteilen. Im Begleittext erinnern die Macher der CD an den Neonazi-Überfall auf Besucher der KZ-Gedenkstätte Kemna in Wuppertal im Juli 2000. Aktivitäten wie diesen möchten sie sich unüberhörbar entgegenstellen.

Einen anonymen Anruf beim Rockprojekt haben die Rapper von „Sardo G & Jucee“ als Sample in das erste Stück der CD („Wo bin ich zuhause?“) eingewebt: „Wir haben hier überhaupt kein Problem mit Rassismus, man soll uns Deutsche in unserem Land in Ruhe lassen, die sollen in ihren Herkunftsländern bleiben“, mokiert sich der Anrufer. Er steht für alltägliche Anfeindungen, die angesprochen werden; das Album repräsentiert aber gleichzeitig das im besten Sinne normale multikulturelle Zusammenleben in Deutschland. Jugendliche mit diversen ethnischen Hintergründen sind auf dem Sampler vertreten, vier Sprachen sind zu hören. Der Sänger Hasan Akça weist Pauschalurteile gegen den Islam in seinem Stück „Frieden ist heilig“ zurück, die nach den Terroranschlägen vom 11. September besonders aktuell geworden sind. Die Band „Pastell“ („Öffne dein drittes Auge“) zieht eine Linie vom Nationalsozialismus zu denen, die ihm heute die Treue schwören: „Herenlose Krieger marschieren noch immer im Rausch der Geometrie / Aufgereiht in Reih und Glied“. Musikalisch umfasst die CD eine breite Palette aus Hardrock, Rap bis zur Ballade im Songwriter-Stil. Manche Stücke sind ausgefeilt, andere schlichter arrangiert. Das Ziel ist nicht der Einzug in die MTV-Charts, sondern ein authentisches Signal gegen Rassismus und Gewalt, mit dem die jungen Musiker Gehör finden möchten. *Thomas Pfeiffer*  
**CD „Gegenwind. Wir rocken gegen Rassismus“, 10 Euro, Bezug: Ronsdorfer Rockprojekt e.V., Heidter Straße 62, 42369 Wuppertal, [www.ronsdorfer-rockprojekt.de](http://www.ronsdorfer-rockprojekt.de)**

## Verfassungsschutz

## Keine Entwarnung

**Rechtsextremismus in Schleswig-Holstein:  
Mehr Gewaltbereite, weniger Mitglieder  
bei NPD, DVU und Republikanern.**

Obwohl Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein weniger Straftaten begangen haben und ihre Gesamtzahl leicht rückläufig ist, sprach Innenminister Klaus Buß (SPD) bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2002 eine deutliche Warnung aus: „Ich rechne mit einer Radikalisierung des gesamten extremistischen Spektrums.“

Die größten Sorgen dürfte der rot-grünen Landesregierung die deutlich gewachsene Zahl der Gewaltbereiten – überwiegend Skinheads – im nördlichsten Bundesland bereiten. Der Verfassungsschutz rechnet dem „latent gewaltbereiten Segment des Rechtsextremismus“ im Beobachtungszeitraum 550 Personen (2001: 470 Personen) zu. Bei einem Blick auf die Zahl des Vorjahres (360 Personen) ist in diesem Bereich ein deutlicher Trend festzustellen. In dem Zusammenhang erstaunlich: Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten ging mit 317 (darunter 56 Gewalttaten) gegenüber dem Vorjahr (561, davon 66 Gewalttaten) deutlich zurück.

Während die Gewaltbereiten einen stärkeren Zulauf verbuchen konnten, hat sich die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Schleswig-Holstein im Jahr 2002 geringfügig um 40 auf nun 1410 Personen verringert. Das ist in erster Linie auf die schwächer gewordene Anziehungskraft der Parteien auf die rechte Klientel zurück zu führen. Die „auffälligste Entwicklung“ stellte der Verfassungsschutz bei der NPD fest. Nach der vor drei Jahren erfolgten Übernahme des Landesvorstandes durch bekennende Neonazis finde „Parteiarbeit praktisch nicht mehr statt“, sagte Innenminister Buß. Das Ziel, den Nachwuchs über Parteiaktivitäten fest in die NPD einzubinden, sei „schlicht gescheitert“. Symptomatisch für den Niedergang der Partei: Auch die Pflege der Internet-Präsenz liegt brach. Nicht anders sieht es bei der NPD-Führungsriege in Schleswig-Holstein aus. Landeschef Peter Borchert und Generalsekretär Jürgen Gerg zeigten kaum Engagement. Borchert beschränkte sich nach den Erkenntnissen des Verfassungsschutzes auf neonazistische Aktivitäten. Auch Gerg steckte seine Energie lieber in ein Kameradschaftsprojekt in Lübeck

und konzentrierte sich mit dem (mittlerweile verbotenen) Bündnis nationaler Sozialisten für Lübeck auf die Kommunalwahl im Frühjahr 2003. Das Fazit der Beobachter: „Offensichtlich ist die rechtsextremistische Subkultur nicht so sehr an ideologisch geprägter politischer Arbeit interessiert als vielmehr an Aktionen und Ereignissen, die ihrem besonderen ausländerfeindlich unterlegten Lebensgefühl entsprechen.“

Auch die DVU musste Federn lassen. Die Partei verlor im vergangenen Jahr 100 Mitglieder und zählt nunmehr 500 Personen. Grund für den Niedergang: Die DVU sei „kaum strukturiert“, Aktivitäten beschränkten sich auf Zusammenkünfte bei „Stammtischen“, für die in Gazetten von Parteigründer Gerhard Frey und auf der Internet-Seite geworben werde. Nicht besser sieht es bei den Republikanern und dem Bündnis Rechts aus. Die REP stagnieren bei 100 Mitgliedern. Öffentliche Aktivitäten: Fehlanzeige! Das Bündnis Rechts bringt bis auf die Publikation „Lübscher Aufklärer“ und eine eigene Internet-Seite (mit Unterstützung des amerikanischen Rechtsextremisten Gary Lauck) kaum etwas auf die Beine. Immerhin schafft es Bündnisgründer Dieter Kern, allwöchentlich das Band für sein „Nationales Info-Telefon“ zu besprechen. Zeit genug hat er dafür: Die Stadt Lübeck kündigte ihm im Frühjahr 2002 den Job, weil er den Terroranschläge am 11. September als längst überfällige Befreiungsaktion bezeichnet hatte.

Den Soundtrack zu Einlassungen der Kategorie Kern liefert weiter „aggressive rechtsextremistische Musik“, die vornehmlich in Szene-Läden wie dem Neumünsteraner „Club 88“ (laut Bericht „weiter wichtige Nahtstelle zwischen Subkultur-Szene und ideologischen Neo-Nazis“) gedudelt wird. Zu Konzerten in dem Lokal kommen bis zu 650 Fans der lauten Töne. Die werden mit dem Ziel abgespielt, um „interessierte an rechtsextremistisches Gedankengut heranzuführen“ und eine „festere Bindung an die so genannten Kameradschaften“ zu erreichen, meint der Verfassungsschutz.

Das scheint einigermaßen zu klappen. Die rund 20 Kameradschaften funktionieren weiter als Organisationsbasis der locker zusammen geschlossenen Neonazis. Lokale Schwerpunkte sind Neumünster, Kiel, Geesthacht, Rendsburg und das Hamburger Umland. Der anhaltende Druck der Behörden und die fehlende öffentliche Resonanz führten allerdings, so Buß, zu einer rückläufigen Außenwirkung.

Volker Stahl

**Demokratische Initiativen****Erfolg braucht Zeit****AG Netzwerke stärkt Projekte vor Ort.**

Die Betroffenheit bei den jugendlichen Ausstellungsbesuchern in Vorpommern war groß: Nie hatte ihnen jemand erzählt, dass während der Nazi-Zeit Minderjährige wie sie in den Konzentrationslagern Moringen und Uckermark eingesperrt wurden, weil sie Swing mochten oder „sittlicher Verwahrlosung“ bezichtigt wurden. Über solche Schicksale informiert jugendgerecht die Ausstellung „Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben“. Dass die vor kurzem an drei Orten in Vorpommern gezeigt werden konnte, ist wiederum ein Verdienst verschiedener Initiativen, die in dieser Region im Nordosten der Bundesrepublik aktiv etwas dem rechten Mainstream entgegensetzen wollen.

Martin Ziegenhagen, wissenschaftlicher Referent beim Berliner Verein Gegen Vergessen – Für Demokratie hat dieses Projekt initiiert. Und er gehört auch zu denen, die in der vor drei Jahren gegründeten AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus aktiv sind. „Die AG verknüpft verschiedene Arbeitsschwerpunkte“, erklärt Ziegenhagen. Dazu gehörten unter anderem Sozialkompetenztraining, Antirassismusbildung, Beratung und Coaching von Kommunen ebenso wie die Durchführung von Projekttagen und Fortbildungen für Multiplikatoren oder eben Gegenwartsbezüge von Geschichte. Im vorpommerschen Projekt kommt der AG vor allem die Aufgabe einer Servicestelle zu. Die Aktionen rund um Städte wie Anklam oder Wolgast werden vor Ort seit Frühjahr 2002 durch den Verein Bunt statt Braun als Träger einer durch das Bundesprogramm Civitas geförderten Netzwerkstelle koordiniert.

Die in Berlin ansässige AG Netzwerke wurde von Bunt statt Braun gebeten, ihr Know-how einzubringen. So luden beide Einrichtungen im vergangenen November zu einer regionalen Praxistagung zur Präventionsarbeit in Vorpommern ein. Sei es bei dieser Veranstaltung vor allem darum gegangen, einen allgemeinen Überblick über Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, vorhandene Projekte sowie über den Stand der Präventionsarbeit zu liefern, so Martin Ziegenhagen, soll es bei der zweiten Praxistagung im Juni um Vertiefung und Konkretisierung gehen: „Es ist beispielsweise geplant, rechte Kulturstrategien und Medienpräsenz zu themati-

sieren sowie Präventionsansätze vorzustellen und zu diskutieren.“

Mit Bunt statt Braun hat die AG Netzwerke einen leistungsfähigen Partner in der Region – eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren dieses Projektes, wie Ziegenhagen meint. „Es wäre völlig verkehrt, wir würden als überkompetenter Träger aus Berlin auftreten. Wichtig sind die Menschen vor Ort, die Kontakte haben und nutzen können.“ Nicht zuletzt gehe es darum, das zivilgesellschaftliche Miteinander vor Ort zu stärken.

Der AG Netzwerke gehören die Amadeu-Antonio-Stiftung, das Anne-Frank-Zentrum, Gegen Vergessen – für Demokratie, Miteinander – Netzwerk für Demokratie und Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt, das Netzwerk für Demokratie und Courage, die Stiftung Demokratische Jugend sowie das Zentrum Demokratische Kultur an. Alle zwei, drei Wochen treffen sich die Mitstreiter der AG, tatsächlich tauschen sich viele Netzwerker fast täglich aus – telefonisch, per Mail, persönlich – wie es die Arbeit am Modellprojekt oder auch an anderen Vorhaben erfordert.

Die AG wird aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans finanziert; einzelne Projekte aus gesonderten Programmen. Beispielsweise das Projekt VARIABEL. Dieses Projekt erhält Zuwendungen aus dem Xenos-Programm, das aus zwei Bundesministerien und dem Europäischen Sozialfonds gespeist wird. Im Volltext steht VARIABEL für das Satz- ungetüm „Vernetzte Aktionen gegen Rechtsextremismus und Intoleranz auf dem Arbeitsmarkt und für Beschäftigungsfähigkeit in den neuen Ländern“. Trotz des umständlichen Titels steckt auch hinter diesem Projekt eine wichtige Arbeit, nämlich die Qualifizierung von Multiplikatoren und die Durchführung von Projekten in Schulen, Ausbildungsstätten und Betrieben. Eine Arbeit zudem, die genauestens von der Berliner Alice-Salomon-Fachhochschule evaluiert wird. „Für uns ist das ein positiver Aspekt; dank dieser Begleitung erhalten wir quasi eine Supervision unserer Arbeit, werden beraten und sind zudem ständig angehalten, unsere Ansätze zu hinterfragen“, so Martin Ziegenhagen.

So rühmlich die AG Netzwerke auch ist, eines sei charakteristisch für diese Art der Arbeit, betont Martin Ziegenhagen: „Erfolge stellen sich immer nur sehr langsam ein.“

*Gudrun Giese*

**AG Netzwerke gegen Rechtsextremismus, Tel. 030/ 29044084; [www.ag-netzwerke.de](http://www.ag-netzwerke.de)**

## Grauzone

# Psycho-Konzern

## Neue Studie über die Scientology-Organisation betont deren Gefährlichkeit.

Die Scientology-Organisation widerspricht zentralen Prinzipien der bundesrepublikanischen Rechtsordnung und arbeitet mit hoch problematischen Methoden der psychischen Beeinflussung. Das sind Erkenntnisse aus einer Studie, die die Institute für Therapieforschung und die gesamten Strafrechtswissenschaften sowie die Psychiatrische Klinik an der Münchner Ludwig-Maximilians-Universität im Auftrag der bayerischen Landesregierung angefertigt haben.

Die Psychologen, Juristen und Psychiater haben Scientology-Aussteiger nach ihren Erfahrungen befragt und festgestellt, dass die Organisation mit gefährlichen Psychomethoden arbeitet. „73 Prozent von 94 als hochriskant bewertete Techniken werden bei Scientology eingesetzt“, erklärt Heinrich Küfner vom Institut für Therapieforschung. Grundlage dieser Einschätzung ist die Befragung von Beratern, die in unterschiedlichen Trägern wie Staat, Kirche und Wohlfahrtsverbänden tätig sind und mehr als 100 verschiedene Psycho- und Sozialtechniken beurteilen sollten. „Die Mischung aus hohem Risiko und Nutzen bewirkt eine starke Bindung an die Anbieterorganisation“, betont Küfner.

Scientology hatte eine angebotene „teilnehmende Beobachtung“ abgelehnt. Die Studie sei als „pseudo-wissenschaftliches Machwerk“ angelegt, lautete die Kritik. Die Abwehrhaltung beim Untersuchungsobjekt ist bei einem Blick auf die Zusammenfassung der Abhandlung durchaus verständlich. „Die Scientology-Organisation besitzt ein internes Normensystem, das die Wahrung der Interessen der Organisation ausnahmslos über die Belange des Einzelnen stellt“, heißt es. Und weiter: „Die Scientology-Gruppe weist ferner ein in sich objektiv widersprüchliches Selbstbild auf: Religiöse Ansprüche werden teils stark hervorgehoben, teils nicht erwähnt und teils ausdrücklich negiert. Gleichzeitig werden die angebotenen Dienstleistungen ausdrücklich als Ergebnisse naturwissenschaftlicher Forschung und angewandter Ingenieurskunst dargestellt, was jedoch nicht erfüllt wird.“ Die Studie schält heraus, dass mehr als die Hälfte der Scientology-Aussteiger durch die ange-

wandten Praktiken „psychisch abhängig“ geworden ist. Unerwähnt soll nicht bleiben, dass die meisten Probanden bereits vor dem Erstkontakt mit der Organisation psychisch labil oder krank waren.

Auch unter juristischen Gesichtspunkten ist der Ansatz der Scientologen höchst problematisch, heißt es in der Studie: „Einige der angebotenen Kurse sind als strafbare unerlaubte Ausübung von Heilkunde anzusehen, soweit sie von Personen durchgeführt werden, die keine Zulassung als Heilpraktiker besitzen.“ Zudem baue Scientology für die Anhängerschaft „Feindbilder“ auf. Einzelpersonen wie Psychiater und Psychologen werden kurzerhand als „Unterdrücker“ stigmatisiert. Auch die herrschende Gesellschaftsordnung wird von der totalitären Züge tragenden Organisation massiv kritisiert – insbesondere das Sozialstaatsprinzip. Sie formuliere darüber hinaus in ihren Publikationen politische Ziele, schreiben die Autoren, „deren Umsetzung die Aufhebung von Grundrechtsprinzipien der gegenwärtigen Verfassungsordnung wie der Existenz von Grundrechten oder der demokratischen Willensbildung bedeuten würde“.

Auf der Basis der Münchner Studie fordert die rechtspopulistische Hamburger Schill-Fraktion jetzt ein Verbot von Scientology. „Die Ergebnisse sind eindeutig und fordern den Rechtsstaat zum Handeln heraus“, sagte Reinhold Schaub, rechtspolitischer Sprecher der Schill-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft. Als mögliche Straftatbestände, die sich aus den Praktiken der Organisation ergäben, nannte Schaub Betrug, Volksverhetzung, Körperverletzung durch Unterlassen, Nötigung und Bildung einer kriminellen Vereinigung: „Aus diesen Gründen bestehen für die Gutachter Anhaltspunkte für die Erwägung eines Verbotes als strafrechtswidrigem Verein.“ Schaub forderte Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) auf, endlich „seine zögerliche Haltung in der Auseinandersetzung mit Scientology“ aufzugeben, Konsequenzen aus dem Gutachten zu ziehen und ein vereinsrechtliches Ermittlungsverfahren einzuleiten. Das Vorpreschen des Schill-Rechtsexperten in Sachen Scientology ist durchaus pikant. Vor allem kirchliche Kritiker hatten Parteigründer und Innensenator Ronald Schill in der Vergangenheit immer wieder vorgeworfen, weniger scharf gegen den Psycho-Konzern mit Hamburger Hauptsitz vorzugehen als der rot-grüne Vorgängersenaat.

Volker Stahl

Heinrich Küfner, Norbert Nedopil, Heinz Schöch

(Hrsg.): *Gesundheitliche und rechtliche Risiken bei Scientology*, Pabst Verlag, Lengerich 2002, 40 Euro.

**Aktivitäten****Rechter Hans-Dampf**

**Der Multifunktionär Rolf Kosiek ist seit Jahrzehnten im rechtsextremen Spektrum der Bundesrepublik aktiv.**

Beim Jahreskongress der rechtsextremen Gesellschaft für freie Publizistik (GFP) im April dieses Jahres in Bayreuth wurde der seit 1991 als Vorsitzender amtierende Rolf Kosiek bestätigt.

Der umtriebige rechtsextreme Multifunktionär Kosiek ist seit 1981 Mitarbeiter und Lektor des revisionistischen Grabert-Verlages in Tübingen. Zuständig ist der Diplom-Physiker dabei für die inhaltliche Arbeit des Verlages. Daneben leitet Kosiek auch das Grabert-eigene Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte.

Otto Scrinzi, „Schriftleiter“ der österreichischen FPÖ-nahen Monatszeitschrift „Aula“ bescheinigte Kosiek anlässlich dessen 65. Geburtstags, er sei ein „Streiter für Wahrheit und Recht“ und „unermüdlich für Volk und Vaterland tätig“. Besonders lobt Scrinzi, vormals SA-Sturmführer und NSDAP-Mitglied, später FPÖ-Nationalrat, Kosiaks Arbeit für die GFP: „Mit Hutten'scher Unerschrockenheit führt er dort den Kampf gegen die Unterdrückung von Wissenschafts- und Pressefreiheit.“ „Wesentliche Beiträge“, so Scrinzi, leistete Kosiek für den rechtsextremen Verein Kultur- und Zeitgeschichte – Archiv der Zeit.

Parteilpolitisch war Kosiek über lange Jahre eng mit der NPD verbunden; zeitweilig galt er gar als Cheffideologe der Partei. Von 1968 bis 1972 amtierte Kosiek als NPD-Landtagsabgeordneter in Baden-Württemberg und rückte 1973 in den NPD-Bundsvorstand auf. 1977 war Kosiek dann stellvertretenden NPD-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg.

In den 70ern wurde Kosiek auch Mitglied des wissenschaftlichen Beirates der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV). Unter dem wissenschaftlichen Denkmantel „Anthropologie“ verbreitet die von dem Hamburger Neonazi Jürgen Rieger geführte GfbAEV rassistische Thesen, die sich unter anderem gegen eine „Vermischung der Rassen“ richten.

Im Jahr 1988 wurde Kosiek in den Vorstand des 1970 gegründeten Deutschen Seminars (Vorsitzender: Walter Staffa) gewählt. Das Deutsche Seminar steht in direkter Tradition des „Staats-, wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Arbeitskreises“ des Witikobundes, der sich Mitte der 60er Jahre den Zusatz „Deutsches Seminar“ gab und 1970 aus steuerlichen Gründen die Verselbständigung in einen gemeinnützigen Verein vollzog. Das Deutsche Seminar ist seit Januar 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes von Baden-Württemberg. Kosiek ist auch Mitglied des Witikobundes.

Als Referent betätigte sich Kosiek unter anderem beim Deutsches Kulturwerk europäischen Geistes (DKeG), dem Verein Dichterstein Offenhausen, bei der Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH) und beim 1981 im Anschluss an die Veröffentlichung des rassistischen „Heidelberger Manifestes“ gegründeten Schutzbund für das deutsche Volk (SdV). Beim SdV referierte er bei dessen Jahreshauptversammlung im Mai 2002 in Mannheim zum Thema „Die Frankfurter Schule und ihre zerstörerischen Auswirkungen“. Unter ähnlichem Titel hatte Kosiek im Jahr zuvor ein Buch im Tübinger Hohenrain-Verlag veröffentlicht. Als Autor greift Kosiek unter anderem für die rechtsextremen Publikationen „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG), „Euro-Kurier“, „Aula“, „Junge Freiheit“, „Nation&Europa“ und die „Unabhängigen Nachrichten“ zur Feder.

### ■ „Kampf gegen die Unterdrückung von Wissenschafts- und Pressefreiheit“ ■

Kosiek gehört ferner dem Führungsgremium der im Juli 2000 gebildeten Deutschen Studiengemeinschaft (DSG) an. Weitere Mitglieder dort sind Edmund Sawall (GFP-Referent, Autor in DGG, „Nation&Europa“, und dem „Ostpreußenblatt“), Felix Buck (Ex-NPD-Bundesvize), Albrecht Jebens (CDU-Mitglied), Günter Poser (ehemals REP-Bundesvize), Uwe Rheingans (Ex-NPD-Landtagsabgeordneter) und Walter Staffa (DGG-Autor). Die DSG pflegt enge Verbindungen zur Gesellschaft für freie Publizistik. Ein Schwerpunkt der DSG ist die „Ausländerfrage“. So wurde am 6. Oktober 2002 die „Eisenacher Resolution“ verabschiedet, in der es heißt: „Deutschland kann ... kein Einwanderungsland sein. Einwanderung ist Landnahme ... Rückführung in die Herkunftsländer ... muss daher die Devise ... dem eigenen Volk verpflichteter deutscher Politik sein.“

*Anton Maegerle*

## Bücherschau

## „Winkel“-Kategorien

## Der Überlebenskampf im KZ-Alltag

Das Konzentrationslager Ravensbrück, circa 85 Kilometer nördlich von Berlin gelegen, war das zentrale Frauenlager des nationalsozialistischen KZ-Systems. Es bestand von Mai 1939 bis April 1945. In dieser Zeit wurden über 130 000 Frauen aus über 20 Nationen dorthin verschleppt. Jack G. Morrison, emeritierter Professor der Universität Shippensburg/Pennsylvania, beschreibt Aufbau, Zweck und Alltag des KZs, wobei es ihm in seiner Darstellung besonders auf den letzten Punkt ankommt. Die Studie wendet sich sowohl an Fachleute als auch an ein breiteres Publikum.

Morrison beginnt seine Arbeit mit der Entstehungsgeschichte und der Verwaltung des Lagers durch die SS. Im Mai 1939 wurden die ersten 867 weiblichen Häftlinge nach Ravensbrück gebracht. Während des sechsjährigen Bestehens standen dem KZ nur drei Kommandanten vor. Das Aufsichtspersonal bestand ohne Ausnahme aus Frauen. 1944 gab es etwa 150 Aufseherinnen. Die Häftlingszahlen entwickelten sich von etwa 1100 (1939), über circa 7000 (1942), 10 000 (1943), 70 000 (1944) und schließlich rund 35 000 (1945).

Die verschiedenen Häftlingsgruppen werden anhand ihrer „Winkel“ vorgestellt. Morrison erläutert dabei die von der SS aufgestellten Häftlingskategorien und stellt die Bedeutung der einzelnen Gruppen innerhalb der NS-Ideologie dar. Hier gelingt es ihm, zahlreiche Einzelschicksale vorzustellen und dennoch die größeren Zusammenhänge nicht aus den Augen zu verlieren. Bis Ende 1939 waren die Zeuginnen Jehovas („Lila Winkel“) die größte Häftlingsgruppe. Danach war die sehr heterogene Gruppe der „Asozialen“ („Schwarzer Winkel“), zu denen auch die Sinti und Roma gezählt wurden, zahlenmäßig am stärksten. Ab Spätsommer 1941 bildete schließlich die Gruppe der politischen Häftlinge („Roter Winkel“) die Mehrzahl, da von nun an viele Frauen aus den von Deutschland besetzten Gebieten inhaftiert wurden und dieser Gruppe zugeteilt wurden. Diese Gruppe hatte ab 1942 die Schlüsselrollen der Häftlingsverwaltung inne. Bis dahin hatte die Gruppe der Kriminellen („Grüner Winkel“) diese Aufgabe übernommen. Die fünfte große Gruppe bildeten die Jüdinnen („Gelber Win-

kel“). Die Einstufungen in Häftlingskategorien bestimmten den Alltag der Insassinnen, zum Beispiel was die Art der Arbeit oder die Größe der Essensrationen anging.

In der Beschreibung Morrisons war der Zusammenhalt unter den Nationalitäten meist viel stärker als unter den eingeteilten Häftlingsgruppen. Die Polinnen bildeten mit etwa einem Viertel der Häftlinge die größte nationale Gruppe. Deutsche, zu denen auch die Österreicherinnen zählten, folgten mit etwa 20 Prozent. Zahlenmäßig bedeutsam waren ebenfalls die Russinnen (etwa 15 Prozent) und die Französinen (rund 7,5 Prozent). Die Jüdinnen, die keiner Nationalität zugerechnet wurden, bildeten mit etwa 15 Prozent die drittgrößte Gruppe. Diese Angaben beruhen auf Schätzungen und Berichte Überlebender, da fast alle Unterlagen, wie auch bei anderen Konzentrationslagern, gegen Kriegsende vernichtet wurden.

In erster Linie bestimmten die katastrophalen hygienischen Verhältnisse, Hunger und Krankheit, die Streitigkeiten unter den Häftlingen, das strenge Strafsystem sowie die schwere Arbeit innerhalb des Lagers beziehungsweise in den Fabriken (ab 1940 in der Textilfabrik, ab Mitte 1942 im Siemenswerk in der Rüstungsindustrie) und die etwas leichtere Arbeit in der Landwirtschaft den Alltag des Lagerlebens. Die Situation im Lager wurde gegen Kriegsende für die Inhaftierten immer unerträglicher. Für die hohe Zahl an Gefangenen – die Kapazität wurde um das Drei- bis Vierfache überschritten – bestand nicht genügend Platz zur Unterbringung. Viele Häftlinge erfroren, verhungerten oder erlagen den sich rasch ausbreitenden Krankheiten im letzten Winter. Insgesamt starben zwischen 20 000 und 30 000 Frauen in Ravensbrück. Mehrere Tausend ehemalige Insassinnen starben in anderen KZs oder auf den Todesmärschen bei der Räumung.

Auf einen Forschungsüberblick, die Einordnung der Untersuchung in größere Forschungszusammenhänge oder die Herausarbeitung von Unterschieden zwischen einem Frauen- und einem Männer-Konzentrationslager verzichtet Morrison. Aber das ist auch nicht seine Absicht gewesen. Ihm ist eine gut zu lesende, für die politisch-historische Bildung nützliche Einführung gelungen.

Stefan Rudschinat

**Jack G. Morrison. Ravensbrück. Das Leben in einem Konzentrationslager für Frauen 1939-1945. Pendo Verlag, Zürich/München 2002, 368 Seiten, 24,90 EUR.**

**Dokumentation**

## Deutscher Bundestag – Rechtsextremismus im Jahr 2002

Wie auch in den Vorjahren dokumentieren wir nachstehend die parlamentarischen Aktivitäten im Jahre 2002 beziehungsweise zum Teil bis Ende der 14. Legislaturperiode (vgl. dazu auch BnR 1/96 <1995>, 2/97 <1996>, 12/98 <1997>, 4/99 <1998>, 12/00 <1999>, 15/01 <2000> und 12/02 (2001)).

| Thema                                                                                                                                                                                                             | Antragsteller                                                                                                      | Drucks.-Nr.                                                                                                                                                                                                         |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Rechtextr. im Umfeld der Schillpartei<br>Ausländerf. u. rechtsext. Ausschreitungen<br>11/2001<br>12/2001<br>1/2002<br><br>2/2002<br>3/2002<br>4/2002<br>5/2002<br>6/2002<br>7/2002<br>8/2002<br>9/2002<br>10/2002 | U. Jelpke u. PDS-Fraktion<br>U. Jelpke u. PDS-Fraktion<br><br><br><br><br><br><br><br><br><br>P. Pau, fraktionslos | 14/7772-7948<br><br>14/7762-7949<br>14/7991-8161<br>14/8194<br>8346,8703<br>14/8453-8703<br>14/8723-8837<br>14/8968-9167<br>14/9277-9511<br>14/9762-9817<br>14/9849-9881<br><u>14/9925-9980-</u><br>15/43<br>15/172 |
| Rechtsext. – Akt. Tendenzen beim „Studienzentrum Weikersheim e.V.“                                                                                                                                                | Jelpke u. PDS-Fraktion                                                                                             | 14/7931-7966                                                                                                                                                                                                        |
| Vorschlag für Rahmenbeschl. des Rates z. Bekämpfung v. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit                                                                                                                         | BReg-BR                                                                                                            | BR 1115/01                                                                                                                                                                                                          |
| Antisemitische Straftaten im 4. Quartal 2001<br>1. Quartal 2002<br>2. Quartal 2002                                                                                                                                | Jelpke u. PDS-Fraktion                                                                                             | 14/7990-8163<br>14/8722-8840<br>14/9757-9813                                                                                                                                                                        |
| Rechtsextremist. Organisationen u. Parteien                                                                                                                                                                       | U. Jelpke, C.Hübner .<br>und PDS-Fraktion                                                                          | 14/8170-8237                                                                                                                                                                                                        |
| NPD (V-Leute, Neonazismus, Parteiverbot)                                                                                                                                                                          | C. Hübner, U. Jelpke<br>und PDS-Fraktion                                                                           | 14/8153-8367                                                                                                                                                                                                        |
| V-Leute (Neonazismus, Parteiverbot, Verfassungsschutz)                                                                                                                                                            | U. Jelpke, C. Hübner<br>und PDS-Fraktion                                                                           | 14/8178-8368                                                                                                                                                                                                        |
| Rechtsextremismus – Gewaltopfer/Schutz und Unterstützung                                                                                                                                                          | Jelpke u. PDS-Fraktion                                                                                             | 14/8304-8537                                                                                                                                                                                                        |
| RE – Indizierung – Bücher, Broschüren, Zeitschr., Schallplatten, Videokassetten, CDs und Computerspiele im Jahre 2001 dto. im Jahre 2000                                                                          | U. Jelpke, P. Pau<br>und PDS-Fraktion                                                                              | 14/8332-8470<br>14/8333-8469                                                                                                                                                                                        |

| Thema                                                                                                                      | Antragsteller              | Drucks.-Nr.                                                                            |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------|
| Rechtsextr. Skinheadmusik, Straftaten, Aufklärung im Jahre 2001                                                            | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/8337-8474                                                                           |
| Rechtsextr. Umr. an der Münchner Pionierschule                                                                             | Frankenhauser, CDU/CSU     | 14/8559                                                                                |
| Rechtsextr. – Aussteigerprogramm der Bundesregierung                                                                       | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/8597-8725                                                                           |
| Rechtsextr. – Vertriebenenorg./Pfingsttreffen, Auswirkungen auf Polen u. die Tschech. Republik                             | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/8827-8975                                                                           |
| Rechtsextr. Organis. – „Blood&Honour“ nach dem Verbot – 2. Nachfrage                                                       | U. Jelpke und PDS-Fraktion | 14/8986-9182                                                                           |
| RE-Bericht der Bundesregierung                                                                                             | BReg-Unterrichtung         | 14/9519-9746<br>Antr. d. 15/345                                                        |
| Verfassungsschutzrel. Erkenntnisse zw. ausl. Rechtsextremisten und der PDS über Kontakte                                   | H. Wiese, CDU/CSU          | 14/9153                                                                                |
| RE – Ermittlungsverfahren u. Urteile b. rechtsextr., antisemit. u. fremdenfeindl. Straftaten 2001                          | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/9275-9525                                                                           |
| Rechtsextr. Demonstrationen seit 1990                                                                                      | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/9287-9515                                                                           |
| 6. Menschenrechtsbericht d. BReg – u. a. Rassismus                                                                         | BReg-Unterrichtung         | 14/9323<br>PIPr. 14/246-28.6-02-S.24856<br>15/171-397<br>PIPr. 15/31<br>13.3.03-S.2416 |
| Verfassungsschutzbericht – Nichterwähnung von mehr als 50% der in den Länderberichten genannten rechtsextremen Gewalttaten | Jelpke und PDS-Fraktion    | 14/9362-9639                                                                           |
| Bericht d. Ausländerbeauftragten über die Lage der Ausländer in Deutschland – Rassismus und Fremdenfeindlichkeit           | BReg - Unterrichtung       | 14/9883<br>PIPr. 15/31<br>13.3.03-S.2316                                               |
| RE-politische Bildung – Auswirkung der zentralen Abwicklung von Sonderprogrammen (BMFSFJ)                                  | A. Scheuer, CDU/CSU        | 15/177<br>PIPr. 15/15<br>18.12.02-S.1128                                               |

Bearbeiter: Klaus-Henning Rosen

Mit dem Scheitern der PDS bei der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag hat die Zahl der Anfragen zum Rechtsextremismus, zu Rassismus und Fremdenfeindlichkeit deutlich abgenommen. Die jetzt fraktionslosen verbliebenen Abgeordneten der PDS haben sicherlich nicht die Kapazität, um das Fragevolumen der PDS-Fraktion beziehungsweise maßgeblich von Frau Jelpke, in der 13., 14. und 15. Legislaturperiode zu erbringen. Das wird das Bundesministerium des Innern möglicherweise freuen, wird es doch nun seltener zu Antworten an das Parlament verpflichtet. Die Information der Öffentlichkeit zu den genannten, unsere Gesellschaft nachdrücklich berührenden Fragen sollte darunter nicht leiden, zumal die periodischen Verfassungsschutzberichte eine andere Funktion haben. Leider ist es eine ungute Übung, dass Parlamentarier die von ihnen getragene Regierung nicht mit parlamentarischen Fragen „belästigen“. Möglicherweise lässt sich diese Übung aber in der Zukunft mit Bezug auf die für das Selbstverständnis unseres Landes und für das Ausland wichtige Information zum Rechtsextremismus verändern. (khr)

**Meldungen****Inland**

■ **Berlin** – Der notorische Antisemit Horst Mahler hat den Abgeordneten des Deutschen Bundestages im Mai einen offenen Brief zukommen lassen. Mahler erklärt darin: „Die Bundesrepublik Deutschland ist am Ende. Das Deutsche Reich steht vor einem neuen Anfang. Achten Sie auf die Zeichen und bedenken Sie Ihre persönliche Zukunft!“ „Zweck dieses Hinweises“, so Mahler, in direkter Anrede an die Bundestagsabgeordneten, sei, „Ihnen in den demnächst vor dem Reichsgericht gegen Sie stattfindenden Strafverfahren wegen Landesverrats die Einlassung zu widerlegen, dass Sie sich des Ihnen vorgeworfenen Verrats am Deutschen Volk nicht bewusst gewesen seien.“ Mahler wiederholt in seinem Pamphlet sein verschwörungstheoretisches Konstrukt, wonach die terroristischen Angriffe gegen die USA vom 11. September 2001 „vorgetäuscht“ worden seien. Verantwortlich für die Terrorakte macht Mahler „die gegenwärtige Führung der USA“. Mahler fordert die Parlamentarier auf, „im Geiste von Tauroggen das Vasallenverhältnis zu den USA innerlich aufzukündigen“. Von den Abgeordneten erwartet er nun „energische Schritte zur Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“.

■ **Freilassing** – Herbert Kaltenbacher aus Freilassing (Oberbayern) ist neuerdings Kontaktperson in Deutschland für die österreichische Zeitschrift „Der Volkstreue“. Herausgeber des NS-apologetischen Blattes ist Franz Rebhandl, vormals Freiwilliger der Waffen-SS, später Salzburger Landessprecher der Nationaldemokratischen Partei (NDP) und 1990 einer der Spitzenkandidaten der „Liste Nein zur Ausländerflut“. Kaltenbacher ist als Autor in den antisemitischen „Unabhängigen Nachrichten“, als Leserbriefschreiber in Hetzblatt „Sieg“, in „Nation&Europa“ und dem FPÖ-nahen Monatsmagazin „Aula“ bekannt. Ebenso findet sich Kaltenbach im Adressenverzeichnis von Michael Kühnen und in der Abonnentenliste des holocaustleugnenden Machwerkes „Bauernschaft“.

■ **Friedrichroda** – „Jetzt Aufstehen und Flagge zeigen“, fordert die Neonazi-Gruppierung „S.C. Friedrichroda/Weiße Patrioten Gotha“ in einem Flugblatt. Die Flugblattmacher gehen davon aus, „dass in absehbarer Zeit ein neuer Krieg ausbricht und Europa hat außer mahnender Wortreden ame-

rikanischen Kriegstreibern nichts entgegenzusetzen.“ (Fehler im Original.) Die thüringischen Neonazis fordern deshalb alle „Bürger auf“, „sich solchen Tatsachen nicht länger zu verschließen“: „Legen Sie selbst Hand an, am Schicksal des deutschen Volkes.“ Der „Nationale Widerstand“ reimt abschließend: „Treue Deutsche Hand in Hand – rettet mit uns das Vaterland“. Presserechtlich verantwortlich für das Flugblatt zeichnet Michael Burkert aus Friedrichroda.

■ **Görlitz** – „Deutschlandweite Dienstleistungen rund um Büro, Bau und Haus in Handwerkerqualität (Maurer-und Metallbaumeister)“ bietet in der rechtsextremen Monatszeitschrift „Nation&Europa“ der „Haus-Dienst Krumpholz“ im sächsischen Görlitz an. Jürgen Krumpholz, NPD-Landesvorstandsmitglied in Sachsen, galt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes als Anhänger der von dem Neonazi Steffen Hupka initiierten „Revolutionären Plattform“ (RPF).

■ **Hamburg** – Schwere Zerwürfnisse gibt es zwischen Peter Borchert, dem schleswig-holsteinischen NPD-Landesvorsitzenden, und dem Neonazi-Skin Torben Klebe, einem führenden Kader der „Freien Nationalisten“. Borchert wirft Klebe, der bis zum Verbot am 14. September 2000 Mitglied der Skin-Organisation „Blood&Honour“ (B&H) in der Sektion Nordmark war, vor, vor Jahren bei der Gesinnungskameradin Nicole Rinne in Hamburg-Bramfeld Miet- und Telefonschulden verursacht zu haben. Dies bestreitet Klebe. Weiterer Untermieter bei Rinne, die Kontakte zur rassistischen Artgemeinschaft und zur Neonazi-Knastorganisation HNG unterhält, war Andreas Heine, Sprecher des am 11. August 2000 verbotenen neonazistischen „Hamburger Sturm“. Hinter den Vorwürfen vermutet Klebe den Gesinnungskameraden Lutz Giesen, „der seit einiger Zeit mit Nicole Rinne lebenspartnerschaftlich verbunden ist“.

■ **Hamburg** – Die rechtsextremen Deutschen Konservativen haben jetzt die Spitzenfunktionäre der DGB-Gewerkschaften ins Visier genommen. In einer ganzseitigen Anzeige, die in der „Jungen Freiheit“ geschaltet wurde, werden die Einkünfte der bekannten und weniger bekannten Gewerkschaftsvertreter nebst Konterfei geoutet. „Gewerkschaftsfunktionär werden. Da lassen sich am schnellsten Millionen schaufeln“, heißt es polemisch dazu. Aber nicht nur der DGB, auch SPD und PDS bekommen ihr Fett ab. In einem neuen Dossier mit dem Titel „Macht Kasse Genossen“ werden „Ent-

hüllungen über die abenteuerlichen Finanz-Praktiken des DGB, der SPD und der PDS“ versprochen. Heinrich Lummer, CDU-Rechtsaußen und Ehrenpräsident der Deutschen Konservativen, hat zu dem 100-seitigen Machwerk aus der Feder von Peter Helmes ein Vorwort verfasst. Vertrieben wird das „Genossen-Dossier“ zum Preis von 10 Euro über die Deutschen Konservativen in Hamburg.

■ **Kaiserslautern** – Die maßgeblich von der NPD und dem NHB initiierte und geführte „Deutsche Akademie“ (DA; Postfachanschrift: Kaiserslautern) veranstaltet vom 27. bis 29. Juni in Hessen ein Sommerseminar. Einer der tragenden Ideologen der „Akademie“ ist Jürgen Schwab, Leiter des „Arbeitskreises Volk und Staat“ beim NPD-Parteivorstand und vormals Kader der Neonazi-Truppe Bund Frankenland. Als Träger gehören der Deutschen Akademie unter anderem an: Werkstatt Deutsches Reich, Deutsches Kolleg, Nationaldemokratischer Hochschulbund, Thule-Seminar, Bündnis Rechts, „Krefelder Forum Freies Deutschland“ und der Bund Frankenland.

■ **Kempten** – Ein Plädoyer für Volkslieder hält in der „Preußischen Allgemeinen Zeitung“ (zuvor: „Das Ostpreußenblatt“) der Musikverleger Bernd Widmer. Widmer ist Kopf der Firma „Die Schallquelle. Musik – Buch – Video“ im bayrischen Kempten. Produziert werden von „Schallquelle“ vorwiegend Soldatenlieder und Lieder aus der bündischen Jugendbewegung. Widmer war ehemals „Leitstellenführer Süd des Bund Heimattreuer Jugend (BHJ) und später Unterzeichner des „Appells an die Bundeswehr. Gegen die Entlassung konservativer Soldaten“ der „Jungen Freiheit“. „Schallquelle“-Gründer ist neben Widmer unter anderem auch Götz Kubitschek vom neurechten Verlag Antaios.

■ **Mannheim** – Die Mannheimer Skinhead-Band „Siegnum“ hat sich aufgelöst. Das hat der Schlagzeuger der Gruppe und ehemalige Herausgeber des Fanzines „Doitsche Offensive“, Manuel Jakob, im Internet mitgeteilt. Als Grund nannte Jakob „Alleingänge des Sängers“ Matthias Reinhard. Die Band war ab Herbst letzten Jahres verstärkt bei Konzerten in der Pfalz und in Baden-Württemberg aufgetreten.

■ **Mosbach** – Das rechtsextreme Deutsche Kolleg lädt vom 13. bis 15. Juni dieses Jahres zu einem von Horst Mahler geleiteten Seminar ins westliche Thüringen ein. Thema ist „Der Hegelsche Gottes-

begriff als Zugang zur Wiederaufnahme und Vollendung der Deutschen Revolution von 1933“. In der Einladung heißt es unter anderem: „Das Jahr 1933 war das Jahr der Großen Deutschen Revolution, die bis heute nicht abgeschlossen ist. Diese ist fortzusetzen und zu vollenden. Erst als Aufstieg aus der Niederlage ist ihr Sieg endgültig.“ Von allen Teilnehmern ist ein Kapitel aus Hegels „Phänomenologie des Geistes“ vorab zu lesen. Hingewiesen wird auch darauf, dass die „Weitergabe dieser Einladung ... nicht nur erlaubt, sondern erwünscht (sei). Diese Schulung steht dem ganzen Deutschen Volke und seinen Schutzgenossen offen.“

■ **Riesa** – Die NPD-Zeitschrift „Deutsche Stimme“ hat eine „Abo-Kampagne 2003“ („Jedes Abonnement eine nationale Revolution!“) ins Leben gerufen. 1000 neue Abonnenten sollen gewonnen werden. Abonniert werden soll das Blatt von Personen, die wollen, „dass Michel Friedman und Paul Spiegel das Lachen vergeht“. Die Macher der „Deutschen Stimme“ um den Chefredakteur Holger Apfel werten ihr Blatt als ein „führendes Organ der nationalen Publizistik in Deutschland“. Stolz sind sie darauf, dass in der „Deutschen Stimme“ über die „unverschämten finanziellen Forderungen der zionistischen Lobby“ und „die immer skrupelloser von der amerikanischen Ostküste vertretenen Welt-herrschaftsgelüste“ berichtet werde. „Bewusst“, so wird mitgeteilt, grenze sich die „Deutsche Stimme“ sowohl von der „Alten“ als auch der „Neuen Rechten“ ab: „Von der ‘Alten Rechten’ mit ihrer vornehmlichen Fixierung auf Fragen der Zeitgeschichte“ und von der „‘Neuen Rechten’ mit ihrer bürgerlichen Anpasserei“.

■ **Tübingen** – In der aktuellen Ausgabe der revisionistischen Vierteljahresschrift „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG; Grabert-Verlag, Tübingen) ruft der in Südafrika lebende Rechtsextremist Claus Nordbruch auf, das politische System in der Bundesrepublik zu „überwinden“. „Das herrschende System“ müsse als im „Grunde genommen undemokratisch“ entlarvt werden: „Der Parlamentarismus der Berliner Republik ist eben keine Volksherrschaft“, schlussfolgert der Rechtsextremist. Nordbruch weiter: „Gelingt es uns, diesen Umstand den Menschen bewusst zu machen, wird die Zahl der Verteidiger dieses Systems abnehmen und ... der Einfluss der Gegner des herrschenden undemokratischen Systems wachsen.“ Sodann hofft Nordbruch, wird sich unter der Führung der „Besten unseres Volkes“ das Volk „erheben und das herr-

schende System überwinden“. Nordbruch appelliert schließlich: „Lassen wir diesen Worten endlich auch Taten folgen! Machen wir Geschichte!“

### Ausland

■ **Österreich (Nickelsdorf)** – Der Neonazi Robert Dürr aus Nickelsdorf rechnet in einem mehrseitigen Flugblatt mit Jörg Haider ab. Dürr, ehemals selbst FPÖ-Funktionär, über den „multifunktionalen Entertainer“ Haider: „Eine freiheitliche Legende ist am Ende! Wenn das einfache Parteimitglied der FPÖ, Haider, es mit seiner Partei gut meint, sollte er sich besinnen und Platz machen für aufrechte Streiter, die im Kampf um die Existenzrechte des Volkes vor niemanden in die Knie gehen“. Dürr beklagt, dass bereits mit der Regierungsbeteiligung der FPÖ diese Partei als „Heißluft-Ballon geplatzt“ sei. Zu retten sei die FPÖ nur dann, wenn „sie den zum tödlichen Ballast gewordenen liberalkapitalistischen Ungeist samt seiner Träger entsorgt“ und sich einer „ausschließlich volksbezogenen Politik“ verschreibe.

■ **Schweiz (Lugano)** – Lange dauerte es, bis die fremdenfeindliche Schweizer Volkspartei (SVP) auf die weitere Mitgliedschaft von Roger Etter (43) verzichten wolle. Im Herbst 1999 war zwar bekannt geworden, dass der „Bankdirektor“ am „Ulrichbergstreffen“ von SS-Veteranenverbänden teilgenommen hatte und sich später um Kontakte mit ehemaligen Waffen-SS-Mitgliedern bemühte, dies als „Gleichgesinnter aus der italienischen Schweiz“. Die SVP erachtete Etter aber weiterhin als politisch tragbar. Auch, als er Ende Februar 2003 einem „Freund“ eine Kugel in den Kopf schoss und dies als „Unfall“ bei der Besichtigung seiner Waffensammlung darstellte. An den fünf Wochen später stattfindenden kantonalen Wahlen Anfang April erreichte der Waffenliebhaber gar den Spitzenplatz auf der SVP-Liste. Doch dann nahmen ihn die Behörden wegen Mordversuch in Untersuchungshaft, weil Etter vom Konto des Opfers drei Millionen Franken für sich abgezweigt haben soll. Etter war zumindest teilweise geständig und trat sofort von seinen politischen Ämtern zurück und aus der Partei aus. Erst jetzt distanzierte sich auch die SVP von Etter und Ueli Maurer, Präsident der SVP-Schweiz, behauptete nun plötzlich: „Etter hatte zwei Gesichter“.

■ **USA (Chicago, Illinois)** – Die erste Ausgabe der neuen Zeitschrift „The Revisionist: A Journal for Critical Historical Inquiry“ ist von führenden Ho-

### Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

#### Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin  
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8  
Heft 11/2003 Abo 401917  
Antifaschistisches Pressearchiv und  
Lausitzer Str. 10  
10999 BERLIN

locast-Leugnern wie Germar Rudolf, Fredrick Toben und Jürgen Graf herausgegeben worden. Rudolf hat sich vor den deutschen Behörden in die USA geflüchtet, Graf hält sich vermutlich in Weißrussland auf. Als Grund für das neue Magazin wird angegeben, dass bisher von den wichtigen englischsprachigen Revisionistenblättern (gemeint sind vermutlich das „Journal for Historical Review“ und „Barnes Review“) die außerhalb der anglo-amerikanischen Welt stattfindenden Debatten weitgehend ignoriert worden wären. Ende vergangenen Jahres hätten daher zahlreiche bekannte Revisionisten erkannt, dass ein neues Journal etabliert werden müsse.

### Impressum

#### Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH  
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

#### Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)  
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin  
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499  
e-mail: nandlinger@bnr.de  
Internet: <http://www.bnr.de>

#### Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)  
Heiner Lichtenstein (Köln)

#### Layout:

Heidemarie Lehmann

#### Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20  
38112 Braunschweig

#### Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

#### Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109  
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement  
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto  
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto  
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.